

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:
Der Landesparteitag möge beschließen:

Abschluss eines Trägerwohnungs-Rahmenvertrages zwischen den Berliner kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und den Trägern der Sozialen Arbeit

Die Mitglieder der SPD Fraktionen des Kreises und des Landes sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich ein für den Abschluss eines Vertrages zwischen den Berliner kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Trägern der Sozialen Arbeit in Berlin bzw. den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege über die bedarfsgerechte Vergabe von Trägerwohnungen aus dem kommunalen Wohnungsbestand für die Wohnraumversorgung von Menschen in sozial betreuten Wohnformen, von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen.

Dieser Vertrag soll konkrete Angaben über die Anzahl der jährlich neu zur Verfügung zu stellenden Wohnungen beinhalten und den Trägern langfristig die notwendige Planungssicherheit für ihre Arbeit geben.

Gleichzeitig soll er die Möglichkeit zur Übernahme des Mietvertrages der Wohnung durch den/die jeweilige/n Bewohner/in enthalten.

Diesem Vertrag sollen auch private Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften beitreten können.

Eine vorgenannte Regelung kann alternativ auch Bestandteil eines Maßnahmenpaketes zum Wohnen in Berlin, beispielsweise eines Bündnisses für Wohnen, sein.

Begründung

Über die Folgen der Entwicklung am Berliner Wohnungsmarkt wird seit Jahren debattiert. Gentrifizierung, steigende Mieten¹ und die damit einhergehende Verdrängung der alleingesessenen Mieter verändern gegenwärtig dramatisch das Stadtbild, führen zu enormen Mietpreissteigerungen in allen inner- und teilweise auch randstädtischen Wohnlagen und verschärfen damit die soziale Spaltung innerhalb der Stadt.

Die Wohnungssuche wird selbst für Normalverdiener zum Hürdenlauf. Sowohl für Geringverdiener wie auch für Menschen in sozialen, finanziellen oder persönlichen Notlagen grenzt es fast an ein Wunder, geeigneten und finanzierbaren Wohnraum zu finden. Am schärfsten zeigt sich diese Entwicklung an der wachsenden Zahl obdachloser Menschen. Diese stieg deutschlandweit in den Jahren 2008 bis 2010 um 10% auf 24.8000, Tendenz weiter steigend².

Unter anderem hier setzt die wertvolle und notwendige Arbeit zahlreicher Vereine und Träger der Sozialen Arbeit an. Ob Wohnungslose, Frauen aus Gewaltfamilien, auffällige Jugendliche im Übergang zur Verselbständigung, Haftentlassene uvm. - sie alle brauchen eine Chance auf einen eigenen Wohnraum und damit eine wichtige Voraussetzung, um ihr Leben in Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Würde führen oder (wieder) erlernen zu können.

Den Trägern der sozialen Projekte und Hilfen fällt es jedoch seit geraumer Zeit aufgrund des veränderten Wohnungsmarktes zunehmend schwerer, die von ihnen betreuten Menschen in eigenen Wohnraum zu vermitteln oder aber ihnen übergangsweise eine von ihnen selbst gehaltene Trägerwohnung anbieten zu können.

Die Marktsituation erschwert und verhindert damit den staatlichen Auftrag der Sozial- und Jugendämter, verzögert eine Verselbständigung von Betreuten und treibt damit im Ergebnis auch die Betreuungskosten zu Lasten der prekären bezirklichen Finanzen weiter und unnötig in die Höhe. Die bisherigen Instrumente greifen nicht mehr oder sind nur ein „Tropfen auf dem heißen Stein“. So liegen Wartezeiten für Wohnungen aus dem sogenannten geschützten Marktsegment derzeit bei bis zu eineinhalb Jahren.

Wir wollen, dass Träger sozialer Arbeit auf das benötigte Maß an kommunalem Wohnraum zugreifen können, um ihrem Betreuungsauftrag auch tatsächlich nachkommen zu können. Damit stärken wir nicht nur die Interessen der Betroffenen, wir verbessern gleichzeitig auch das Angebot der Träger und schaffen mehr Freiraum innerhalb der Betreuungen.

1 +7,9% von 2009 auf 2011, Berliner Mietspiegel 2011
2 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe